

Im Zusammenhang mit der Benutzung von Fragebogen unter Einbeziehung von Kontaktpersonen durch das BMB wurde festgestellt, daß das bereits 1984 überarbeitete Formular 1985 weiter modifiziert wurde. Jetzt werden lediglich die notwendigen Personalangaben und die - angeblich erfolgversprechende - Begründung der Übersiedlung mit persönlichen und familiären Bindungen gefordert. Damit ist das BMB formal bemüht, Vorwürfe der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR zu entkräften. In der Praxis war das BMB jedoch nach wie vor bestrebt, seinen darüber hinausgehenden Informationsbedarf abzudecken. So wurden die Kontaktpartner u. a. instruiert, ständig Angaben zum aktuellen Stand der Übersiedlungsaktivitäten und der Reaktionen staatlicher Organe der DDR und der Arbeitsstellen der DDR-Bürger zu übermitteln. Dadurch gelangte das BMB zu einer Vielzahl zum Teil verfälschter und tendenziös gefärbter Informationen, vor allem über die durch die Abteilungen Innere Angelegenheiten der Räte bzw. zentrale staatliche Organe zur Zurückdrängung der Übersiedlungsbestrebungen unternommenen Anstrengungen, Maßnahmen der Sicherheits- und Justizorgane bei damit im Zusammenhang von DDR-Bürgern begangenen Rechtsverletzungen und anderen Störungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie über z. T. durch die DDR-Bürger selbst verursachte Nachteile hinsichtlich ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung.

**KOPIE BStU**

Das BMB orientierte die DDR-Bürger darauf, regelmäßig die Verbindung über die Kontaktpartner aufrecht-zu-erhalten, sich ruhig zu verhalten und ständig Wiederholungsanträge zu stellen. In Einzelfällen wurde in diesem Rahmen u. a. darauf hingewiesen, unbedingt einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Weiterhin wurden, wie in den Vorjahren, Auszüge aus gesetzlichen Bestimmungen der DDR, aus dem Zusammenhang gerissene Passagen der KSZE-Schlußakte sowie insbesondere "Merkblätter" und "Pressemitteilungen" zu Fragen der Übersiedlung und des Umzugs in die BRD zugesandt.